

jungen Staaten täuschen und schaden sich selbst, wenn sie die früheren Kolonialherren für alle gegenwärtigen Schwierigkeiten verantwortlich machen, und sie lähmen die Tatkraft ihrer Völker, wenn sie erklären, wie Nasser es zuletzt 1963 in Addis Abeba getan hat, die ehemaligen Kolonialmächte, wie überhaupt die industrialisierten Staaten, leisteten nicht Entwicklungshilfe, sondern Kontributionen, und dazu wären sie auch verpflichtet. Die Massen in den Entwicklungsländern leiten daraus den Anspruch ab, andere müßten für sie die Arbeit tun, die ihnen doch keiner abnehmen kann. Allerdings sollte nicht übersehen werden, daß sowohl Pekingchinesen wie Sowjets — diese übrigens rücksichtslose Kolonialisten unserer Zeit — nicht müde werden, in den Entwicklungsländern gegen die industrialisierten Staaten der freien Welt zu hetzen. Bewußt irreführende Einflüsterungen Moskaus und Pekings, nicht eigene Urteile der jungen Staaten, sind zu einem guten Teil für die Spannungen zwischen Geber- und Empfängerländern verantwortlich.

Der Amerikaner Benjamin Franklin hat seinen Landsleuten vor 200 Jahren erklärt: „Wer Euch sagt, daß Ihr anders reich werden könnt als durch Arbeit und Sparsamkeit, der betrügt Euch, der ist ein Narr.“ Dieses Wort gilt auch heute noch, ganz besonders im Hinblick auf die Entwicklungsländer.

Es ist darum bedauerlich, daß in Genf so wenig die Rede war von eigenen Anstrengungen und eigenen Überlegungen der jungen Staaten, aus der wirtschaftlichen Rückständigkeit herauszukommen. In keinem Fall — soviel Einsicht sollte schon im eigenen Interesse vorwalten — dürfen die

Entwicklungsländer in den Fehler verfallen, die Ansprüche so hoch zu schrauben, daß schließlich die Möglichkeit der Industriestaaten behindert werden, ihre Einkünfte nach bewährtem Muster nicht nur zu erhalten, sondern in vernünftigem Tempo auch ständig zu steigern. Die Kuh, die mehr Milch geben soll, darf man nicht daran hindern, sich mehr Futter zu suchen. Im Gegenteil, man sollte sich seinerseits bemühen, ihr dazu zu verhelfen. Auf seiten der entwickelten Staaten sollte man zugleich erkennen, daß es in dieser Phase der weltwirtschaftlichen Entwicklung mit Bezug auf die jungen Staaten zweckmäßiger ist, die höheren Gewinne durch eine Vergrößerung des Umsatzes und weniger durch eine Steigerung der bereits erzielten Ergebnisse zu erreichen.

Die WHK war der Beginn des praktischen Bemühens, einen sozialen Ausgleich auf weltweiter Basis herbeizuführen. Methoden des Klassenkampfes, wie sie der Osten empfiehlt, sind dabei unbrauchbar, weil sie zu Gegensätzen und schließlich zu Feindseligkeiten führen. Vielmehr bedarf es dazu des Gesprächs, des aufklärenden Wortes, des überzeugenden Arguments, des schlüssigen Beweises. Besonders für die Herbeiführung eines guten Verhältnisses zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern gilt die Erfahrungstatsache, daß auf beiden Seiten nicht so sehr Böswilligkeit, sondern Unwissenheit die Ursache der meisten Schwierigkeiten ist.

**Anmerkung:**

1 UN-Doc. E/CONF. 46/36 vom 3. März 1964.

## Tagung der Europäischen Wirtschaftskommission in Genf

DR. RUDOLF SCHWARZ

Oberregierungsrat im Bundesministerium für Wirtschaft

### I

Vom 13. bis 30. April 1964 fand in Genf die Jahresversammlung der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) statt. Das ist die übliche Zeit des Jahres, in der sich die Vertreter der 30 europäischen Mitgliedstaaten aus Ost und West und die USA, die gleichfalls Mitglied der ECE sind, im Palais des Nations zusammenfinden. Vor dieser Tagung waren ernsthafte Überlegungen angestellt worden, auf das Treffen in diesem Jahr zu verzichten. Einmal tagte zur gleichen Zeit und ebenfalls im Völkerbundspalast bereits die Welthandelskonferenz (WHK, UNCTAD), zum anderen stelle die Gleichzeitigkeit vor allem die kleineren Länder vor Schwierigkeiten, genügend geeignete Delegierte zu benennen. So waren denn auch, da die Jahresversammlung doch programmgerecht durchgeführt wurde, verschiedene Delegationschefs bei der ECE und bei der WHK tätig. Auch der Bundesregierung war es nicht leicht gewesen, Delegierte zu benennen. Bei den Überlegungen, die Jahresversammlung der ECE doch programmgemäß abzuhalten, war vor allem ins Gewicht gefallen, daß es der ECE-Region eigentümliche Aufgaben gibt, die nicht in weltweitem Rahmen behandelt zu werden vermögen, und daß ein bestimmter, regelmäßiger Rhythmus bei internationalen Begegnungen eingehalten werden muß. Die Tagung war durch ein besonders sachliches Verhandlungsklima ausgezeichnet. Sie ließ keine spektakulären Ergebnisse erwarten, brachte auch keine solchen und leistete im ganzen gute Routinearbeit.

### II

Es herrschte die schon im Vorjahr festzustellende mehr unpolitische Atmosphäre vor, mit Ausnahme bei nachstehenden Punkten.

1. Nach Art. XI der Satzung der ECE können alle UN-Mitgliedstaaten Beobachter entsenden. Nationalchina machte davon Gebrauch. Trotz aller ideologischer Spannungen mit Rotchina griff der sowjetische Vertreter, unterstützt vom Vertreter Rumäniens, den Delegierten Tschiang Kai-scheks heftig an. Ihnen antworteten die Vertreter der USA und Italiens kurz und verwiesen auf die statutären Rechte. Damit hätte der Vorfall, der sich vor Eintritt in die Tagesordnung abspielte, weil sich West und Ost inoffiziell auf je 2 Sprecher geeinigt hatten, abgeschlossen sein können. Es meldete sich aber Albanien zu Wort und sprach sich für Pekings Teilnahme aus. Nun mußte sich auch, wohl oder übel, der französische Delegierte melden und die Auffassung seiner Regierung, die den östlichen Vorstellungen entsprach, darlegen. Durch diese Erklärungen änderte sich an der Nicht-Teilnahme Rotchina nichts.

2. Jedes Jahr, so auch in diesem, beantragte der Osten — es waren diesmal die UdSSR und die Tschechoslowakei — „die gleichberechtigte Teilnahme der DDR an den Arbeiten der ECE“, und wie bisher antworteten zwei westliche Sprecher (Frankreich und die Türkei), daß sich der völkerrechtliche Status der Zone nicht geändert habe und daß ihre Experten nach Art. X, der die Mitarbeit von Vertretern der besetzten

deutschen Gebiete vorsieht, mitwirken könnten. Auch diese sich vor Eintritt in die Tagesordnung abspielende Debatte hatte keine Weiterungen. Als der Osten später bei der Behandlung der Tätigkeit verschiedener Ausschüsse ständig über das Fehlen der Zone lamentierte, intervenierten der englische und der französische Chefdelegierte noch einmal sehr energisch und wiesen nachdrücklich auf die Möglichkeiten des Art. X und auch auf die im Rahmen der ECE übliche Terminologie (östliche Zone Deutschlands) hin.

3. Nach den UN-Statuten kann sich u. a. von den Nichtstaatlichen Organisationen der Weltgewerkschaftsbund zu Wort melden. Seit Jahren macht er hiervon im Rahmen der ECE-Jahresversammlung, zumeist bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes 10 (Bericht über die Wirtschaftslage Europas), Gebrauch. Dabei polemisiert der Sprecher nur gegen den Westen. So auch dieses Jahr. Ohne auch nur ein Wort zur Lage der Gewerkschaften im Osten zu äußern, richtete er schärfste Attacken gegen die westliche „asoziale“ Wirtschaftspolitik, insbesondere gegen einen gewissen Einkommensstopp in Italien und Frankreich. Niemand nahm aber die Äußerungen weiter ernst.

4. Seit einiger Zeit lautet ein Tagesordnungspunkt „Überführung der durch Abrüstung frei gewordenen Kräfte zu friedlichen Zwecken“. Angesichts der gerade ebenfalls in Genf tagenden Abrüstungskonferenz und der soeben veröffentlichten Reduzierung der Uran-Produktion der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens war es nur zu verständlich, daß der amerikanische Chefdelegierte in seinen kurzen Ausführungen zu diesem Punkt der Tagesordnung davor warnte, hier etwa Propagandareden zu halten. Diese Bemerkung jedoch war das willkommene Stichwort für den sowjetischen Chefdelegierten, langatmige Ausführungen über die Notwendigkeit dieser Aussprache und mögliche Arbeiten der ECE zu machen. Keinen Augenblick aber wurde das gute Klima zwischen den beiden großen Delegationen getrübt.

5. Am Rande ist noch die albanische Haltung von einem gewissen Interesse. Albanien wird seit dem vorvergangenen Jahr nicht mehr im östlichen Kreise koordiniert und hält sich daher auch nicht an die Vereinbarungen zwischen den Sprechern der westlichen und östlichen Länder. Das zeigte sich sowohl bei der China- wie bei der Zonen-Debatte. Außerdem verlangte der albanische Delegierte, daß die abweichende Haltung seiner Regierung zu dem Moskauer-Teststopp-Abkommen, das von verschiedenen Delegierten bei der Behandlung der Entschließung über die Abrüstung als ein Fortschritt erwähnt worden war, zu Protokoll genommen wurde. Bei der Behandlung der Tätigkeit des Handelsausschusses richtete er gegen die Vereinigten Staaten im Hinblick auf deren „Diskriminierung“ von Kuba und der chinesischen Volksrepublik derart scharfe Angriffe, daß er zur Ordnung gerufen werden mußte.

### III

Im übrigen wurde eine umfangreiche Tagesordnung verhältnismäßig zügig abgewickelt. Sie bestand aus den vier üblichen großen Bereichen. Zuerst aus einer Folge von Berichten durch die Vorsitzenden der verschiedenen Ausschüsse mit einer jeweils anschließenden kurzen Diskussion. Diese beschränkte sich im Grunde auf Zustimmungserklärungen der einzelnen Delegierten zu den Arbeitsprogrammen der Ausschüsse, soweit es westliche Sprecher waren, oder es war die Aufzählung einer Fülle von nach seiner Auffassung zusätzlich aufzugreifenden Problemen, wenn ein Delegierter des Ostens sprach. Die Aussprache hielt sich aber im nun schon gewohnten Rahmen.

Die Bundesrepublik hat eine Arbeitsgruppe des Landwirtschaftsausschusses zu einer Studienreise eingeladen. Der Ausschuß für Wohnungswesen, Bauwirtschaft und Städteplanung wird eine Studienreise durch die USA machen.

Besonderes Interesse fand nur die Aussprache über die Arbeit des Ausschusses zur Entwicklung des Handels. Hier geht es immer um eine Verbesserung der westlich-östlichen Handelsbeziehungen. Es herrschte Übereinstimmung zwischen allen Delegierten, daß die aus 7 Experten bestehenden ad hoc-Gruppe unter dem Vorsitz des schwedischen Botschafters Baron von Platen ihre Arbeiten fortsetzen solle, die im vergangenen Jahr mit der Aufzeichnung der Probleme, die einer Ausweitung des Ost-West-Handels im Wege stehen, eine ausgezeichnete Vorarbeit geleistet hatte.

Als zweites größeres Thema hat sich seit der letztjährigen Tagung der Punkt 4 „Arbeit der Kommission als solche“ herausgebildet. Hier stehen sich Auffassungen von Ost und West wieder gegenüber. Während der Osten diesen Punkt gern vor der Behandlung der einzelnen Ausschüsse abgewickelt sehen möchte, um gleich zu Beginn der Tagung, solange das Interesse der Presse noch sehr stark ist, allgemeine Deklamationen abgeben zu können, hat der Westen mit seiner zahlenmäßigen Stärke durchgesetzt, daß dieser Punkt im Interesse der Sachlichkeit erst, wie es logisch ist, nach der Berichterstattung über die Ausschüsse aufgenommen wird. In jedem Falle gaben die verschiedenen Erklärungen einen Einblick in die Stellung der einzelnen Regierungen zu der Arbeit der ECE wieder. Die deutsche Delegation warnte in diesem Zusammenhang ausdrücklich davor, ständig neue Entschließungen einzubringen und anzunehmen, ehe der Exekutivsekretär die ihm in den Vorjahren übertragenen Aufgaben habe abschließen können.

Nach dieser Diskussion erstattete der Exekutivsekretär seine Berichte über die Bemühungen des Sekretariats zur Erledigung von ihm durch die Kommission in den Vorjahren erteilten Aufträgen, seien es besondere Studien oder ergänzende Arbeiten zu den Programmen der einzelnen Ausschüsse. Hier zeigt sich die große Spannweite der ECE-Arbeiten. Die Themen reichen von der Bekämpfung der Luftverschmutzung, von Fragen der Wasserreserven und Wasserverschmutzung über Automations- und Arbeitsproduktivitätsfragen zu rein praktischen Maßnahmen wie der Vergleichbarkeit von Außenhandelsstatistiken oder der Vereinfachung von Außenhandelsdokumenten bis zu europäischen Energieproblemen und den Treffen der Wirtschaftsberater der Mitgliedsregierungen.

Eine Studie über die Standortwahl von Industriebetrieben, die seinerzeit auf deutschen Vorschlag in Angriff genommen war, hat gute Fortschritte gemacht. Aufgrund einer anderen deutschen Initiative beschäftigt sich das Sekretariat unter Zuhilfenahme von Rapporteurs einzelner Länder mit den Fragen des Bedarfs seitens der Entwicklungsländer an Investitionsgütern des Maschinenbaus und der Elektrotechnik.

Interessant war in diesem Themenkreis der Vorstoß des Direktors der Energieabteilung des Sekretariats zur Ausweitung seines Arbeitsbereichs. Statt der vom Westen bewußt gewünschten Beschränkung auf die Tätigkeit der Ausschüsse für Kohle, Gas und Elektrizität wünschte er umfassende Studien, die auch Mineralöl und Atomenergie einschlossen, durchzuführen. Durch eine vom Westen eingebrachte Entschließung wurde er ausdrücklich auf die bisherigen Arbeitsgebiete festgelegt.

Als letzter großer Komplex im Rahmen der Tagesordnung ist die Diskussion über den ECE-Jahresbericht zu nennen, einem in Verantwortung des Sekretariats erstellten Bericht zur Wirtschaftslage Europas. Hier reibt sich seit Jahren der Osten an der volkswirtschaftlichen Abteilung des Sekretariats, der er vor allem mangelndes Verständnis für Länder mit Planwirtschaft vorwirft und deren Darstellung seiner Probleme er daher ablehnt. Leider fühlen sich bei diesem Punkt der Tagesordnung alle Delegationen, auch die sonst schweigsamen, bemüßigt, einen mit statistischen Daten reich versehenen Bericht über die Wirtschaftslage ihres Landes

vorzutragen. Dadurch kommt keine echte Diskussion in Gang. Die „Erfolgsberichte“ sollten schriftlich eingereicht werden. Die deutsche Stellungnahme war bewußt kurz und beschäftigte sich vor allem mit der Darstellung des Sekretariats über die Einkommenspolitik und gab hierzu einige Erläuterungen und Ergänzungen.

Die Frage des Auftretens eines Vertreters des COMECON, die im vergangenen Jahre gewisse Spannungen verursacht hatte, kam dieses Jahr nicht wieder hoch. Da ein Vertreter des COMECON bei der Welthandelskonferenz ausführlich zu Wort gekommen war, wurden die Delegierten lediglich auf das hierüber vorliegende Dokument aufmerksam gemacht.

#### IV

Die Jahresversammlung schloß mit der Annahme von 15 Entschlüssen, darunter der üblichen des Präsidenten zum Arbeitsprogramm. Die hohe Zahl ließ sich trotz einiger Bemühungen seitens der deutschen Delegation nicht verringern, weil von der inoffiziellen Verhandlerdelegation ein ungefähres Gleichgewicht zwischen vom Osten bzw. vom Westen vorgeschlagenen erzielt werden mußte. Interessant war hier, daß der Osten aus internen Gründen dem westlichen Vorschlag, nur zwei Delegierte von jeder Seite vorzusehen, nicht zustimmen konnte. Die Osteuropäer wollten in dem Kreis nicht die Sowjetunion mit nur einem anderen Land auftreten lassen, sondern entsandten die UdSSR, Polen, Rumänien und die Tschechoslowakei zu den Gesprächen mit dem englischen und französischen Chefdelegierten.

Vom Westen stammen zum Teil als Gegenvorschläge für erwartete oder bereits vorliegende Entwürfe des Ostens:

- Tätigkeit der Kommission in Beziehung auf die Welthandelskonferenz;
- Arbeit der ad hoc-Gruppe zum Studium der Probleme des Ost-West-Handels;
- Neufassung der Satzung des Ausschusses für Wohnungswesen, Bauwirtschaft und Stadtplanung;

Tätigkeit der ECE auf dem Gebiet der industriellen Entwicklung in bezug auf Entschluß 1940 (XVIII) der Generalversammlung der UN (Weltindustriesymposium); Studie über Markttendenzen und Aussichten für chemische Erzeugnisse;

Energieprobleme in Europa.

Östlicher Initiative entstammen, wenn auch in der endgültigen Formulierung die westlichen Wünsche voll berücksichtigt wurden, folgende Vorschläge:

- Langfristige Programme für Studienreisen;
- Kompendium über ECE-Entschlüssen;
- Arbeitsprogramm für den Austausch von analytischen Zusammenfassungen von wissenschaftlichen Dokumenten auf dem Gebiet der angewandten Wirtschaftswissenschaft;
- Studie über die Verwendung des durch die Abrüstung freierwerdenden Kräftepotentials zu friedlichen Zwecken;
- Langfristige Programme für die Treffen der Wirtschaftsberater der Regierungen;
- Verwendung von Filmen durch die Ausschüsse der ECE;
- Jahr für internationale Zusammenarbeit und 20 Jahre Vereinte Nationen.

Von wirklicher Bedeutung sind aber im Grunde nur die beiden erstgenannten:

- Tätigkeit der Kommission in Beziehung auf die Welthandelskonferenz;
- Arbeit der ad hoc-Gruppe zum Studium der Probleme des Ost-West-Handels.

Womit sich wieder die Problematik zeigt, außer der sachlichen Berichterstattung und Beschlußfassung über die laufenden Arbeiten der Ausschüsse und die Arbeiten des Sekretariats — über deren Nützlichkeit keine widersprüchliche Auffassung zwischen den Delegationen besteht — während der Jahresversammlung auch öffentlichkeitswirksame Entschlüsse zu fassen.

## Ausschluß Südafrikas und Portugals aus den Vereinten Nationen?

PROFESSOR DR. DR. JOSEF SODER

Universität Rio Grande do Sul, Brasilien

Seit Jahren bilden die Rassenprobleme in der Südafrikanischen Union und die portugiesische Kolonialpolitik in Afrika Brennpunkte der Diskussionen im Bereich der Vereinten Nationen. Auf Debatten der Generalversammlung und bei Beratungen des Sicherheitsrats hat man sich eingehend über die südafrikanische Rassendiskriminierung und das Verharren Portugals bei seiner veralteten Politik in den afrikanischen Gebieten auseinandergesetzt. Es wurden nicht nur Gedanken vorgetragen und Anregungen ausgearbeitet. Es liegen sogar eine ganze Reihe von Empfehlungen der Generalversammlung und Entschlüssen des Sicherheitsrats vor, in welchen beide Staaten aufgefordert werden, ihre Standpunkte zu revidieren und ihre Rassen- bzw. Kolonialpolitik gemäß den Grundsätzen der Vereinten Nationen aufzugeben.

Diese jahrelangen Bemühungen der Vereinten Nationen sind aber bislang ohne Erfolg geblieben. Südafrika bleibt bei der Apartheidpolitik. Portugal denkt nicht daran, dem Ruf nach Unabhängigkeit seiner afrikanischen Kolonien Gehör zu verleihen, nicht einmal unter der Bedrohung eines panafrikanischen Befreiungskrieges.

Unter diesen Umständen erhebt sich die Frage, ob die UN es bei diesen vergeblichen Bemühungen bewenden lassen

sollen oder ob gemäß der Charta von San Francisco die Anwendung stärkerer Mittel in Frage kommt. Als solches könnte man die Möglichkeit eines Ausschlusses aus der Mitgliedschaft der Vereinten Nationen in Betracht ziehen. Es würde sich hierbei um einen ungewöhnlichen Schritt handeln, den bislang die Vereinten Nationen in solchen oder ähnlichen Fällen niemals getan haben. Da aber die Satzung der UN eine solche Möglichkeit vorgesehen hat, ist es nicht abwegig, diesen Gedanken und seine Verwirklichung zur Debatte zu stellen.

### I. Die Möglichkeit des Ausschlusses aus den UN

Die Charta von San Francisco sieht im Kapitel über die Mitgliedschaft der Vereinten Nationen vor, daß — bei Vorliegen gewisser Tatbestände — ein Mitglied aus dem Verband ausgeschlossen werden kann. Die Bestimmung hat folgenden Wortlaut:

„Ein Mitglied der Vereinten Nationen, das die Grundsätze dieser Charta beharrlich verletzt, kann auf Empfehlung des Sicherheitsrats durch die Generalversammlung aus der Organisation ausgeschlossen werden.“ (Art. 6)